

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 29 (1953-1954)
Heft: 8

Artikel: Blick auf die Schweiz
Autor: Dürrenmatt, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1070737>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

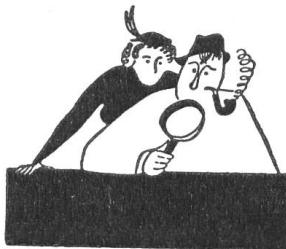
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Peter Dürrenmatt

WIRTSCHAFTSPOLITIK — EINST UND HEUTE

Einer der Hauptvorwürfe, die unser Zeitalter immer wieder zu hören bekommt, ist, seine Politik habe sich vollständig in Wirtschaftspolitik aufgelöst. Soeben erfuhren wir wieder einen Beweis für diese Feststellung, als es zu großen Auseinandersetzungen kam wegen der Höhe des Milchpreises, des Brotprices und der Mieten. Die sogenannte Verwirtschaftlichung der Politik freilich dauert schon einige Jahrzehnte. Sie machte dabei verschiedene Stadien durch. Bis in die Mitte der dreißiger Jahre war das ganze Gebiet der Wirtschaftspolitik mit scharfen Kämpfen verbunden. Es war die Zeit der Massendemonstrationen, Streiks und Aussperrungen.

Die Wirtschaftskrise und die Jahre unmittelbar vor dem Zweiten Weltkriege brachten eine Änderung. Der neu erwachende Nationalismus, besonders im faschistischen Italien und im nationalsozialistischen Deutschland, zerstörte das weltwirtschaftliche Denken. Die einzelnen Länder betrieben eine Wirtschaftspolitik des Abschlusses nach außen und des Zusammenschlusses nach innen. Das bewirkte bei uns, daß die inneren Gegensätze nicht mehr durchgekämpft, sondern durch Besprechungen ausgetragen wurden. Der Kriegsausbruch förderte diese Entwicklung. Mit der Kriegswirtschaft schaltete sich auch der Bund in vermehrtem Maße ein. Die dritte Etappe begann mit der Nachkriegszeit. Man darf sie in wirtschaftspolitischer Hinsicht vielleicht dahin charakterisieren, daß sie die Vorzüge einer freiheitlichen Entwicklung mit dem Willen, an Stelle der Kämpfe die Verständigung treten zu lassen, zu vereinigen trachtet.

Diese Erscheinung ist indessen nicht einfach ungeschriebener Ausdruck des guten Wil-

lens, sondern in den Institutionen selbst festgehalten. Mit der Annahme der Wirtschaftsartikel im Jahre 1947 wurden die Möglichkeiten einer auf Verständigung der beteiligten Gruppen beruhenden Wirtschaftspolitik ausdrücklich gebilligt. Auf den Wirtschaftsartikeln beruht ein bestimmtes gesetzgeberisches Werk, zum Beispiel das Landwirtschaftsgesetz. Dieses sichert dem Bauern den Absatz seiner Ware zu Preisen, die nicht von den Preisen auf den Weltmärkten abhängen. Wenn deshalb heute wieder einmal die Höhe des *Milchpreises* zur Diskussion steht, so kann dieses Preisbegehrn vernünftigerweise nicht zum Ausgangspunkt wirtschaftspolitischer Kämpfe gemacht werden. Es haben einfach die mitbeauftragten Organe abzuklären, ob die Erhöhung wirtschaftlich gerechtfertigt sei und wie sie sich im gesamten Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung ausnehmen werde.

Beim *Brotpreis* verhalten sich die Dinge etwas anders. Dort soll einfach eine bisher vom Bund gewährte Verbilligungssubvention wegfallen. Und was die *Mieten* anbelangt, so geht es um die Liquidation eines letzten Restes von Kriegswirtschaft. Daß alle diese Preisprobleme das größte öffentliche Interesse finden müssen, ist verständlich. Sie beziehen sich auf das Portemonnaie jener die überwiegende Mehrzahl unseres Volkes bildenden Leute, die mit dem Rappen rechnen müssen. Aber Gegenstand politischer Demonstrationen im alten Sinn des Wortes sollten sie nicht mehr sein, weil sich alle wirtschaftlichen und sozialen Lager heute zum Grundsatz bekennen, ihre Probleme nicht durch Kampf, sondern durch sachliche Absprache zu regeln.